

Vorbemerkung:

Nach dem Vorbild verschiedener Städte hat sich auch im Ruhrgebiet vor einiger Zeit eine Initiative „Recht auf Stadt“ gebildet. Die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ sehe ich ähnlich kritisch, wie die Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“.¹ Trotzdem war ich bei den ersten Treffen dabei, weil ich „den Kampf um die Kommunen“, den Widerstand gegen Privatisierung etc. für so wichtig halte im Kampf um soziale Emanzipation.

Ich zog mich zurück, nicht weil meine Diskussionsbeiträge als fremd, unvereinbar etc. empfunden wurden, sondern weil andere persönliche und politische Aktivitäten dagegen standen und ich mich entscheiden musste.

Was jetzt aus der Initiative geworden ist, wie sie sich darstellt, das ist für mich allerdings eine Herausforderung, die ich nicht unkommentiert lassen kann. Daher der folgende Text.

Realize Kapitalismus!

Die Ruhrgebietsinitiative „Recht auf Stadt“ fordert auf, von Detroit zu lernen! So jedenfalls lautet die Überschrift eines Manifestes, in dem sich die Initiative vorstellt. „Von Detroit lernen!“ ist mit einem Ausrufungszeichen versehen. Es handelt sich um eine Aufforderung. Da fragt man sich natürlich, was man von einer solchen Ruine der Kapitalakkumulation wie Detroit lernen soll.

Was also kann man von Detroit lernen? Die Antwort lautet:

„... eine soziale Selbstorganisation, die ihr Recht auf Stadt im Sperrmüll ganz praktisch in die Hand nimmt.“

Näher beleuchtet und analytisch begründet wird diese Perspektive dann in dem Essay „*Realize Ruhrgebiet*“ (<http://www.rechtaufstadt-ruhr.de/>). (Das ist ein Positionspapier, das deutlich macht, dass man gerade nicht „realisiert“, was empirisch nachvollziehbar vor sich geht!)

„*Recht auf Stadt im Sperrmüll*“ erscheint nicht gerade als eine weitreichende Perspektive, hat man doch erkannt:

„Der gesellschaftliche Konsens, der Armut in einem reichen Land einfach akzeptiert, ist nicht hinnehmbar.“

I.

Will man diese Armut nicht hinnehmen, dann stellt sich die Frage, durch welche Änderungen sie überwunden werden soll. Da heißt es dann weiter:

„Wenn die Industriearbeit verschwindet, aber die Menschen, die sie ausgeübt haben, bleiben, und wenn der Sozialstaat die Armut nur verwaltet und die Armen bekämpft, anstatt die Armut, muss über ganz neue Formen von Einkommensverteilung nachgedacht werden. An erster Stelle steht die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine direkte Antwort auf die Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und strategisch auf der Höhe der Zeit. Es würde eine grundsätzliche Neubewertung von gesellschaftlicher Arbeit in Gang setzen.“

1 Was soll das für ein Ziel sein? „Stadt“. Wieso verbessern sich durch „Stadt“ unsere Arbeits- und Lebensbedingungen? Außerdem haben wir genug „Stadt“ und wenig „Land“. Könnte man nicht mit besseren Gründen ein „Recht auf Land“ fordern? Ein „Recht auf Stadt“ ließe sich ferner prima ins Grundgesetz schreiben. Ändern würde sich dadurch nichts! „Recht auf Stadt“ ist eine sehr merkwürdige Formulierung für das, was man eigentlich will.

„*Neue Formen der Einkommensverteilung*“ sollen die Armut überwinden. Das „Bedingungslose Grundeinkommen“ stehe dazu auf der Tagesordnung, sei „*strategisch auf der Höhe der Zeit*“. Wie hoch soll es denn sein, das angeblich bedingungslose Grundeinkommen, damit die Armut bekämpft und überwunden wird?

Auf der Internetseite <http://www.grundeinkommen-hamburg.de> kann man dazu etwa folgendes lesen:

„*Modellvorschläge zum bedingungslosen Grundeinkommen gehen in der Regel von Beträgen in einer Spannbreite zwischen 600 Euro und 1500 Euro monatlich aus. Als Konsens kann im Hamburger Netzwerk gelten, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für die heutigen Bezieher_innen von Arbeitslosengeld II keine Verschlechterung darstellen soll.*“

Wenn Leute von Arbeitslosengeld II leben müssen, dann gelten sie zurecht als arm! Wieso sind diese Menschen dann nicht mehr arm, wenn sie im Rahmen der akzeptierten „Spannbreite“ ein BGE in gleicher Höhe erhalten? Wieso kann die Armut „einfach akzeptiert“ werden, wenn sie als BGE daherkommt? Weil „*eine grundsätzliche Neubewertung von gesellschaftlicher Arbeit*“ in Gang gesetzt würde? Offenbar geht es darum!

Nehmen wir aber mal den anvisierten Höchstbetrag von 1500 Euro im Monat. Schützt der vor Armut und wenn ja unter welchen Voraussetzungen? Voraussetzung wäre, dass die Preise für lebensnotwendige Konsumgüter (Nahrung, Kleidung etc.) so niedrig sind, wie sie heute sind. AnhängerInnen des BGE verweisen gerne auf die hohe Arbeitsproduktivität, die Automation, die uns das alles angeblich liefert. Schaut man sich jedoch die Fleischproduktion hierzulande oder die Produktion von Textilien in den Weltmarktfabriken in China oder Bangladesh an, dann erklären sich die niedrigen Preise auch – und manchmal ausschließlich - aus einem ganz anderen Grund: niedrigste Löhne und elendste Arbeitsbedingungen sind die Basis der niedrigen Preise, die hierzulande für die Waren gezahlt werden müssen! Wenn man sich also von 1500 Euro einigermaßen mit dem nötigsten versorgen will, dann gelingt das nur unter der Voraussetzung dieser Niedrigpreise. Beim Armut verhindernden BGE wird „einfach akzeptiert“, dass die Leute anderswo einen hohen Preis an Armut und Elend dafür zu zahlen haben! Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist über bloße Veränderung des Verteilungsmodus („neue Einkommenformen“) Armut nicht zu verhindern. Wer die überall, also auch in reichen kapitalistischen Ländern existierende Armut nicht akzeptieren will, muss diese Produktionsverhältnisse in Frage stellen. Diese Erkenntnis ist zweifellos „von gestern“, aber immer noch richtiger als manche Erkenntnis „von heute“ und „auf der Höhe der Zeit“.

II.

Und damit wären beim Thema Industriearbeit, der „*Deindustrialisierung*“ einzelner Länder, Regionen und dem angeblichen „*Bedeutungsverlust industrieller Arbeit*“. Man begnügt sich bei der Behandlung dieses Themas ja nicht mit der Feststellungen, dass im Ruhrgebiet jede Menge Industriearbeit verschwunden ist. Die „*Deindustrialisierung*“ des Ruhrgebietes wird vielmehr interpretiert als Ausdruck einer „*neuen Form des Kapitalismus*“. Es gäbe darin einen „*Bedeutungsverlust*“ von Industrie und industrieller Arbeit. Es handle sich nunmehr um einen „*kognitiven Kapitalismus*“, in dem Wissen und Kommunikation die entscheidenden Produktivkräfte seien. Neu sei auch, dass dieser Kapitalismus „*seine Produktivität heute aus dem menschlichen Leben als solchem schöpft*“.

Dazu folgendes:

Wenn „Armut in einem reichen Land“ nicht akzeptabel ist, dann stellt sich nicht nur die Frage, worin die Armut in einem solchen Land besteht, sondern auch, worin der Reichtum einer solchen

Gesellschaft besteht. Es ist modern geworden, den Reichtum dieser Gesellschaft ausschließlich in seiner abstrakten Form als Geld oder auch Wertpapier als Maßstab zu nehmen. Wenn man heute vom Reichtum spricht, dann wird zuerst an „Finanzkapital“ gedacht, an die großen Privatvermögen etc. Die Kritik am Finanzkapital ist sozusagen in aller Munde. Die großen privaten und institutionellen Anleger werden immer reicher, je „wertvoller“ die „Wertpapiere“ in ihren Tresoren werden und je mehr sie davon durch gekonnten Handel (Kaufen und Verkaufen im Millisekundentakt, „Gewinnmitnahmen“) anhäufen. Wer nur darauf blickt, kommt schnell zu der Erkenntnis, dass ja Geld genug da sei und man es nur gehörig „umfairteilen“ müsse. Tatsächlich wäre die Gesellschaft, „das Land“, kein bisschen ärmer, wenn all diese famosen „Wertpapiere“ ihren Tauschwert (Austauschverhältnis zum Geld) vollständig einbüßten. Einen anderen Gebrauchswert als diesen Tauschwert haben sie nämlich nicht. Der wirkliche Reichtum der reichen Länder besteht in ihrem ungeheuren Reichtum an Gebrauchswerten vielfältiger Art, die als Waren produziert werden, und in der Produktivität der Arbeit. Allerdings würde die „Entwertung“ dieser Wertpapiere den ganzen Prozess der Kapitalproduktion und -akkumulation zum Stillstand bringen.

In Bezug auf die Produktion des **materiellen Reichtums** der heutigen Gesellschaft haben Industrie und industrielle Arbeit nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt! Im Gegenteil!!! Ob Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnung, Möbel, Verkehrsmittel, Kommunikationsmittel etc. fast alles, was heute so konsumiert wird und was man zu weiterer Produktion benötigt (Maschinen, Vorprodukte etc.) durchläuft industrielle Produktion und wird durch industrielle Arbeit erzeugt. Dies gilt auch dann, wenn scharfsinnige sozialwissenschaftliche AnalytikerInnen die unwiderrufliche Deindustrialisierung des Ruhrgebietes festgestellt haben. Wenn diese industrielle Produktion unter kapitalistischer Regie nun weltweit arbeitsteilig organisiert ist und ihre Standorte wechselt, um höhere Profitraten zu erzielen, dann hat das nichts mit einem Bedeutungsverlust dieser Produktionsweise in Bezug auf die Erzeugung des materiellen Reichtums in kapitalistischen Gesellschaften zu tun.

Sofern diese industrielle Produktionsweise – lokal(!) - einen „Bedeutungsverlust“ erleidet, gilt dies ausschließlich im Kontext von Kapitalverwertung und ist unmittelbar Ausdruck der entwickelten Produktivkraft der Arbeit. In Relation zu seiner Größe fragt Kapital weniger Arbeitskraft nach. Allein darin besteht der wahrgenommene „Bedeutungsverlust“ industrieller Arbeit. Aber auch dann, wenn mehr Geldkapital sich durch Anlage in fiktives Kapital (Wertpapiere aller Art) verwerten will, bleibt die industrielle Produktion zentral für die Verwertung von Kapital. Nur das industrielle Kapital fungiert als Mehrwertproduzent und bewirkt **stoffliche und wertmäßige** Reproduktion!

III.

Typisch für den „neuen Kapitalismus“ sei aber, dass der „*seine Produktivität aus dem menschlichem Leben als solchem schöpft*“. Wie soll man sich das vorstellen? Wie produziert „*das Leben als solches*“ Waren, die ihm nicht gehören? Wieso sind diese Gebrauchswerte in Warenform eine Form von Kapital und werden nur solange produziert, wie ihr Verkauf Profit bringt?

Die alltägliche Praxis lehrt, dass das „*Leben als solches*“ in Gestalt des lebendigen Arbeitsvermögens erstmal selbst in eine Ware verwandelt wird, die dem Kapital angeboten werden muss, um dessen „Produktivität“ in Gang zu setzen. „Das Kapital“, bzw. der jeweilige „Unternehmer“, begutachtet dann dieses lebendige Arbeitsvermögen, nämlich den Gebrauchswert, den es ihm bieten kann (seine Qualifikation, praktische Erfahrung, Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit etc.) und entscheidet, ob es für seine Zwecke brauchbar erscheint. Besteht Bedarf an diesem Gebrauchswert, und wird man sich einig über Bezahlung etc., dann kommt es zu einem „Arbeitsvertrag“, mit dem kapitalistische Unternehmen sich das Recht kaufen, über die Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit (am Tag, in der Woche, im Monat, im Jahr) zu verfügen. Was dann folgt ist jede Menge Benutzung dieses lebendigen Arbeitsvermögens durch das Kapital,

bzw. durch die von den Besitzern eingesetzte Mannschaft von Vorgesetzten. (Die werden den LohnarbeiterInnen tatsächlich im wörtlichen Sinne „vorgesetzt“. Anlass zur Kritik ist das heute kaum noch.) Diese Benutzung ist immer sehr zweckbestimmt und hat mit „dem menschlichem Leben als solchem“ herzlich wenig zu tun. Das „*menschliche Leben als solches*“ ist bei dieser Prozedur eher hinderlich, weil es ausruhen will und nicht soll, weil es quatschen will und nicht soll usw. Das „*menschliche Leben als solches*“ soll eben in der kapitalistischen Produktion immer nur auf ganze bestimmte Lebensäußerungen (Arbeitsverrichtungen) reduziert werden. Es ist eine der größten Leistungen moderner linker Ideologie diese Arbeitsproduktivität sich so zu verdolmetschen, wie das hier geschieht. Das „*menschliche Leben als solches*“ interessiert das Kapital überhaupt nicht. Deshalb ist das Kapital ja so rücksichtslos gegenüber Mensch und Natur! Dies ist denn auch der letztlich entscheidende Grund, warum die kapitalistische Produktionsweise mitsamt der dazugehörigen Verhältnisse abgeschafft werden sollte!

IV.

Was die Bedeutung von „*Wissen und Kommunikation*“ anbetrifft, so soll deren wachsende Bedeutung nicht geleugnet werden, dass sie die „*entscheidende Produktivkraft*“ geworden seien schon. Weder Wissen noch Kommunikation produzieren „also solche“ etwas. Sie gehören lediglich zu den subjektiven, nicht gegenständlichen Voraussetzungen des Produzierens. Wissen und Kommunikation erhöhen die Produktivkraft von Arbeit, aber sie treten nicht an deren Stelle. Um etwas hervorzubringen, zu erzeugen, muss Wissen angeeignet und genutzt werden, muss Kommunikation in arbeitsteiliger Produktion zweckbestimmt organisiert werden usw. Aber weder „Wissen“ noch „Kommunikation“ nehmen den Platz der zweckbestimmten, erzeugenden Tätigkeit ein, die sinnvoller Weise immer noch „Arbeit“ genannt wird und nicht Wissen oder Kommunikation.

Was die AutorInnen des Manifestes jedoch bezwecken ist eine „Kritik der Arbeit“. Sie wollen weg von „*der perfiden Logik der Arbeitsgesellschaft*“ und steuern direkt zu auf „*die Entkopplung von Arbeit und Einkommen*“.

Gegenstand ihrer Kritik ist nicht die Lohnarbeit – von Lohnarbeit wird in dem ganzen grandiosen Essay „auf Höhe der Zeit“ nur einmal gesprochen! - sondern „Arbeit überhaupt“; und wenn von „solidarischer Ökonomie“ die Rede ist, dann taucht das Wort Arbeit nicht mehr auf.

„*Solidarische Ökonomien sind vielfältige Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen: zum Beispiel Kooperativen und Volksküchen.*“

Offenbar kommen „Kooperativen und Volksküchen“ ohne Arbeit aus. Sie „wirtschaften“ bloß. Wenn es erfolgreich gelungen ist „Arbeit neu zu bewerten“, sie zu ächten, dann scheint es möglich zu sein, das, was Menschen zur ihrer Reproduktion benötigen auch ohne Arbeit produzieren zu können. Man „wirtschaftet“ dann halt „auf der Basis freiwilliger Kooperation“. (Mit dem Weglassen des Wortes Arbeit meint man offenbar auch die Arbeit selbst beseitigt zu haben.)

V.

„*Ein Beispiel, das viel internationale Aufmerksamkeit erregte, war der Umgang der Bevölkerung Argentiniens mit dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaft 2001. Landesweit wurden Fabriken besetzt und die Produktion von den Beschäftigten als Kooperative fortgeführt.*“

Nachdem die industrielle Produktion verabschiedet und für „tot“ erklärt wurde, führt man Argentinien als ein leuchtendes Beispiel für „solidarische Ökonomie“ an. Tatsächlich hat das, was

in Argentinien bei Zanon und anderen Unternehmen passierte, recht wenig mit der hier skizzierten „solidarischen Ökonomie“ zu tun. Weder verlangten die Leute in Argentinien eine „Entkopplung von Arbeit und Einkommen“, noch betrachteten sie die Industrie als „tot“. Niemand sah in der „Deindustrialisierung“ Argentiniens eine tolle Chance für Freiräume und alternatives Leben. Richtig ist: Eine Anzahl von kapitalistischen Unternehmen (ja auch Industriebetriebe!) wurden besetzt und „die Produktion von den Beschäftigten als Kooperative fortgeführt“. Wie das ohne Arbeit geschehen sein soll, dürfte das ewige Geheimnis der AutorInnen bleiben. Die LohnarbeiterInnen in Argentinien handelten praktisch und kamen ohne die hier fabrizierte Ideologie aus. Ohne BGE kam es in Argentinien auch „leider“ nicht zu einer Neubewertung der Arbeit. ;-)

VI.

Neubewerten und neu interpretieren scheint eine regelrechte Leidenschaft der AutorInnen des Essays zu sein. Zum Beispiel „in Wert setzen“.

Da heißt es:

„Die Städte halten an dem Glauben fest, ungenutzte Immobilien oder Flächen ließen sich früher oder später wieder „in Wert setzen“. In ihrer „unternehmerischen“ Logik steht die Rückkehr von Industrie und Gewerbe und die damit verbunden geglaubte Steigerung von Einkommen und Kaufkraft als Ziel an erster Stelle. Die „unternehmerische Stadt“ kann Stadtentwicklung nur noch als Wirtschaftsförderung denken. Das zeigt auch deutlich der Wettbewerb der verschuldeten Ruhrgebietsstädte um öffentliche Fördergelder für Infrastruktur oder Kulturprojekte. Hier geht es um die Finanzierung harter oder weicher Standortvorteile, im Konkurrenzkampf der Städte im Ruhrgebiet gegeneinander. Aber müssen die Städte sich so verhalten, und kann „in Wert setzen“ nicht auch ganz anders gedacht werden?“

Ich habe den Begriff „in Wert setzen“ das erste Mal bei Elmar Altvater gelesen. Die Bedeutung war recht klar: Aneignung von Produktionsbedingungen durch PrivatproduzentInnen und Integration in die Verwertung von Kapital. Das macht einen Sinn und war durchaus und ausschließlich kritisch gemeint.

Die AutorInnen wollen das nun ganz anders denken: nicht „in (Tausch-)Wert setzen“ sondern „in Gebrauchswert setzen“; so soll man das jetzt denken (Aneignung öffentlicher Räume zwecks gemeinsamer „unökonomischer“ Nutzung etc.). Aus einem Begriff, der ursprünglich kritisch gemeint war, wird so eine verheißungsvolle Perspektive. Jawoll, auch wir wollen „in Wert setzen“! Aber anders! (Vielleicht wird demnächst auch noch Kapital neu gedacht. Jawoll, auch wir wollen „Verwertung von Wert“, aber anders.)

Man hat sich längst verabschiedet von der Vorstellung, dass das Kapital sich im Widerspruch zwischen Wert/Tauschwert und Gebrauchswert bewegt und dabei dramatische soziale „Verwerfungen“ erzeugt. Man denkt „Wert“ einfach anders, was immer er in kapitalistischer Ökonomie ist! Die Gedanken sind frei!

VII.

Und damit kommen ich auch schon langsam zum Schluss der Kritik. Was nicht heißt, dass ich nicht noch anderes zu kritisieren hätte,

- z.B. die Behauptung, dass „Armut individualisiert“. Armut vereinzelt, aber sie individualisiert gerade nicht! Individualisierung beruht gerade auf erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen und nicht auf deren Einschränkung!
- z.B. die Bewegung gegen Hartz IV wurde nicht nur durch leninistische Sektierer zerstört, sondern auch durch die Sektierer des BGE!

usw.

Es gibt kaum einen Absatz, an dem ich nicht Einwände zu machen hätte ... wider die ausformulierte

Ideologie!

Zum Abschluss aber nur noch ein paar Anmerkungen zu der beabsichtigten Kritik der „*Ruhrgebietsmythen*“. Das haben die AutorInnen ja auch auf ihre Fahnen geschrieben. Doch was muss ich da lesen:

„*Denn es waren die Stahlkocher und Kumpel, die als männliche Familienernährer ein gutes Leben garantierten und mit denen das gesamte Ruhrgebiet solidarisch sein musste.*“

So, so! Ein gutes Leben war das. Die AktivistInnen von „Recht auf Stadt Ruhr“ stellen sich selbst als Künstler, Wissenschaftler etc. vor. Da kann man schon mal auf sowas kommen. Verwunderlich ist nur, wie das mit der Zerstörung von „*Ruhrgebietsmythen*“ zusammen gehen soll!

Genau das, was hier festgestellt wird, sagen die gescholtenen SozialdemokratInnen auch! Es gab ein „gutes Leben“ der Stahlkocher und Kumpel. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass „Recht auf Stadt Ruhr“ eine Rückkehr zu diesem „guten Leben“ für unmöglich hält, während SozialdemokratInnen zumindest vorgeben, dieses „gute Leben“ wieder herstellen zu wollen.

VIII.

Die meisten heutigen Linken sind Geisteswissenschaftler, Akademiker. Das festzustellen ist weder Vorwurf noch Kritik. Es fällt aber auf, dass gerade sie eine „*Neubewertung der Arbeit*“ herbei führen wollen, dass gerade sie davon sprechen, dass „Wissen und Kommunikation“ die entscheidenden Produktivkräfte seien, dass die industrielle Arbeit und Produktion - mit der sie fast nie etwas zu tun gehabt haben - ihre Bedeutung verloren haben. Und wenn man dann soweit ist und die Arbeit neu bewertet hat, Wissen und Kommunikation zur entscheidenden Produktivkraft geworden sind - man selbst ist ja Träger dieses Wissens und Spezialist in Kommunikation - dann reicht es natürlich eine neue Einkommensverteilung entsprechend dieser Neubewertung der Arbeit zu verlangen. Das passt schon zusammen! Perspektive für eine Gesellschaftsveränderung in Richtung soziale Emanzipation bietet das aus meiner Sicht nicht. Das so konstruierte neue Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung und sozialen Emanzipation Subjekt - durch „Aufwertung“ geisteswissenschaftlicher Arbeit, künstlerischer Arbeit, mehr oder weniger kreativer Arbeit jeglicher Art - taugt weder für die Durchsetzung **allgemeiner Reform** noch **allgemeiner sozialer Revolution!** Die „Entwertung“ industrieller Arbeit durch geisteswissenschaftliche Bemühung ist falsch! Die Verwischung des Unterschiedes zwischen Arbeit und Lohnarbeit ist katastrophal!

Gerade in Deutschland scheint es eine Manie der Linken zu sein, praktische Programme, die möglichst viele Menschen ansprechen sollen, mit dieser oder jener Theorie zu unterfüttern und Forderungen einer speziellen Richtung zu „verankern“. (Die Forderung nach einem BGE ist weder richtig noch mehrheitsfähig!) Das halte ich für einen Fehler! (Ausdruck des herrschenden Sektiererertums)

„Recht auf Stadt Ruhr“ will viele Menschen ansprechen – unterstelle ich mal – aber tritt an die Öffentlichkeit mit einem Essay, der die theoretischen Marotten von Negri und Hardt in kurzer Form reproduziert. Das macht das Ganze – im Moment leider - zu einem sektiererischen Projekt! Wäre ich bei den Diskussionen dabei gewesen, hätte ich versucht, jeden eindeutigen Bezug auf eine spezielle theoretische Marotte rauszuhalten ... das gilt auch für meine eigenen marxistischen Positionen!

Es hätte gereicht, etwas zu formulieren, was die Zustände im Ruhrgebiet konkret anspricht, kritisiert (Fakten, von denen ja einige in „Realize Ruhrgebiet“ richtig angesprochen werden!) und zu skizzieren, wie man sich praktisch einmischen und was man erreichen will. Menschen mit unterschiedlichen theoretischen Positionen bliebe es unbenommen ihre darüber hinausgehenden

Positionen in eigenen Publikationen darzulegen. Sofern grundsätzliche Kapitalismuskritik im Manifest und Essay formuliert worden wäre, hätte die so allgemein wie möglich bleiben müssen ... eben so formuliert, dass sie für Leute mit unterschiedlichen linken Theorien akzeptabel ist.

Robert Schlosser
Oktober 2014